

Soziale und friedliche Alternativen sind möglich

Weit über 500 Zuhörer drängten Ende April in das Bürgerhaus Neuenhagen, um Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, gemeinsam mit der Bundestagskandidatin der Linkspartei in Märkisch-Oderland/Süd-Barnim, Kerstin Kühn, zu erleben.

Ein Tag nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich hob Sahra Wagenknecht zunächst das hervorragende Ergebnis des Linkspolitikers Jean-Luc Mélenchon mit nahezu 20 Prozent hervor. Vor allem viele junge Menschen haben für ihn gestimmt. Die französische Sozialdemokratie hätte mit einer gemeinsamen Unterstützung dieses aussichtsreichsten Kandidaten auf der Linken dazu beitragen können, dass dieser statt des neoliberalen Ex-Investmentbankers Emmanuel Macron als eine echte Alternative zu Marine Le Pen in die Stichwahl gegangen wäre. Nun sei leider nur die Wahl geblieben zwischen einem verschärften „Weiter so“ des Sozialabbaus und der Privatisierungen sowie einer nationalistischen Politik, die zur Verbesserung der sozialen Lage der Mittelschicht und der Ärmere ebenso wenig beitragen wird wie die von Donald Trump in den USA. Macron sei ein Vertreter der Banken, der Konzerne, der Agenda 2010. Seine Politik werde mehr Ungerechtigkeit schaffen. Die französische Sozialdemokratie sei für die neoliberale Politik ihres Präsidenten Francois Hollande gnadenlos abgestraft worden. Dagegen habe sich der couragierte linke Kandidat des „unbeugsamen Frankreichs“ Mélenchon klar für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit positioniert sowie mit einer dezidierten Kritik an der neoliberalen EU und an dem Kriegsführungsbündnis NATO. Auf Dauer werde nur eine starke und geschlossene Linke den Front National zurückdrängen können.

Starker Druck von links notwendig

Gewohnt klar analysierte die Spitzenkandidatin der LINKEN für den neuen Bundestag die gegenwärtige Situation auf eine entsprechende Frage von Kerstin Kühn: Vom Sozialstaat sei auch in Deutschland nicht viel übrig geblieben. Die Krankenversorgung sei eine Frage des Geldbeutels. Die gesetzliche Rente werde zerstört. Die Steuerpolitik bevorzuge Vermögende. Das Bildungssystem sei unterfinanziert. Hartz IV bedeute einen gravierenden Absturz. Es bedürfe einer starken LINKEN, um gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen sozialen Kräften mit großem Druck notwendige Veränderungen herbei zu führen. Das Rentensystem könnte zum Beispiel wie in Österreich gestärkt werden. Hier erhalte ein durchschnittlicher Rentner monatlich ca. 800 Euro mehr als in Deutschland. Alle Berufsgruppen zahlten in eine österreichische Rentenversicherung. Die Beiträge der Unternehmen wurden erhöht. Sie begrüße es, dass Kerstin Kühn gerade auf den Gebieten Gesundheit, Pflege, Rente im Bundestag streiten möchte und freue sich schon jetzt auf die Zusammenarbeit mit ihr im Parlament, sagte Wagenknecht. Bei den nächsten Bundestagswahlen gehe es um eine Richtungsentscheidung: Entweder eine Politik für wenige Reiche oder für Menschen, die von ihrer Arbeit leben.

Konsequent und gemeinsam gegen Krieg

„DIE LINKE bleibt die einzige politische Partei im Bundestag, die niemals die Hand für Krieg und Sozialabbau erheben wird. Die Erfahrungen in Afghanistan und Irak zeigen, dass der Terror mit Krieg nicht gebremst sondern vielmehr gefördert wird. Mit mehr Militär werden in der Welt keine Probleme gelöst“, mahnte sie. Es sei ein Trauerspiel, dass die deutsche Regierung lieber Panzer finanziere als Bildung, Schulen und Kitas. Die USA gäben im Jahr 600 Milliarden Dollar für Rüstung aus, Europa 300 Milliarden, Russland dagegen 60 Milliarden. Was könnte mit diesen enormen Beträgen alles für die Menschen finanziert werden? Sie forderte: Terror-Finanzierungsströme endlich auszutrocknen, Waffenexporte zu verbieten und Entwicklungshilfe aufzustocken
Leider sei die Friedensbewegung gegenwärtig nicht sehr stark. Angesichts wachsender Kriegsgefahr auch in Europa müsse vereint mit allen friedliebenden Kräften diesem Wahnwitz entgegengetreten werden, appellierte Wagenknecht unter starkem Beifall.

Renate Adolph